

Wuppertal in Not: Genug gekürzt!

Statt sinnlosem Haushaltssicherungskonzept - Entschuldung der Kommunen



Kürzen und Streichen gehören schon lange zum Alltag in unserer Stadt. Die vorgelegten Maßnahmen können nicht ein einziges Problem Wuppertals lösen, sondern es werden nur neue geschaffen. Das Haushaltsdefizit in Höhe von fast 2 Milliarden Euro wird dadurch nicht beseitigt, aber wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens werden kaputtgespart. Nicht von ungefähr spricht die Verwaltung von der „Vergeblichkeitsfalle“. Unter diesen Umständen ist es sinnlos, die Stadt kaputtzusparen.

Wie wir es auch drehen und wenden, es gibt nur **e i n e n** Weg, Wuppertal und die anderen Städte wieder lebenswert zu machen:

- **Die Kommunen müssen entschuldnet werden, indem das Land NRW einen Entschuldungsfonds einrichtet, mit dessen Mitteln strukturelle Altschulden und Kassenkredite abgetragen werden. Ein solcher Fonds muss mit Geldern aus Landes- und Bundesmitteln ausgestattet werden.**
- **Den Kommunen dürfen keine Pflichtaufgaben mehr übertragen werden, deren Erledigung nicht vollständig durch Bundes- oder Landesmitteln gegenfinanziert wird. Dieses Verfassungsprinzip wird gegenwärtig fortwährend verletzt.**
- **Die Kommunen müssen von Folgekosten der Arbeitslosigkeit, vor allem von Wohnungskosten entlastet werden. Arbeitslosengeld-II-Leistungen sind vom Bund vollständig gegenzufinanzieren.**
- **Die Kommunen erhalten weiterhin eine Investitionspauschale. Deren Höhe beträgt jährlich 3 Milliarden pro Stadt. Die vorgesehene Kürzung der Investitionspauschale ab dem Jahr 2012 darf nicht eintreten.**
- **Zu Lasten der Kommunen dürfen keine Steuern, an denen Gemeinden beteiligt sind – namentlich die Einkommensteuer –, gesenkt oder zwischen Kommunen, Land und Bund neu aufgeteilt werden.**
- **Den Kommunen ist die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle in voller Höhe zu belassen. Eine Aufteilung auch auf Bund und Länder muss künftig entfallen. (Vor 1969 verblieb das gesamte Gewerbesteueraufkommen in den Gemeinden.) Ohne Mitbestimmungsrecht der Kommunen darf der Bund die Erträge aus Gewerbesteuern durch entsprechende Gesetzgebung nicht mehr mindern. Eine solche Minderung trat seit 2000 ein, nachdem die Möglichkeit zu Verlustvorträgen und Verlustverrechnungen durch Bundesgesetzgebung dramatisch erweitert wurde und gerade Großfirmen keine Gewerbesteuer vor Ort mehr zahlen mussten.**

Nicht zu hohe Ausgaben sind das Problem ...

Durch Abschaffung der Gewerbesteuer hat die Stadt um 18 Millionen Euro geringere Einnahmen gehabt. Weitere 197 Millionen gingen seit 1991 durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage verloren. Durch die Erleichterung der Einkommensteuer fehlen brutto weitere 200 Millionen. Das Konjunkturpaket II belastet die Stadt mit weiteren 8 Millionen Euro Einnahmeverlusten im Jahr 2010.

... sondern zu geringe Einnahmen

Die öffentlichen Einnahmen müssen nachhaltig und dauerhaft erhöht werden! Es darf keine Steuer-geschenke an Höchstverdienende geben. Die Vermögensteuer ist im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen wieder einzuführen. Die Einkommensteuer ist für Spitzenverdienende wieder auf den früheren Satz von 50 % zu erhöhen. Staatliche Zuschüsse an Rentenversicherungsträger müssen dadurch überflüssig gemacht werden, dass j e d e s Einkommen rentenversicherungspflichtig wird, auch Einkommen aus selbstständiger Arbeit, aus Vermögenszinsen etc.

Gleiches gilt für die Finanzierung des Krankenversicherungswesens.

Milliarden Euro wurden zur Absicherung von Banken aufgewandt. Auch für solche Banken, die Bundesländern und dem Bund gehören. Diese Zuwendungen sind durch entsprechende Gewinnbeteiligung vollständig an die öffentlichen Kassen zurückzuzahlen.

Bund und Land NRW berufen sich darauf, hochverschuldet zu sein und den Kommunen nicht helfen zu können. Aber wer die Banken für systemrelevant erklärt und über Nacht Garantien für alle Einlagen abgibt wie die CDU-Kanzlerin und Milliarden für die Rettung der WestLB bereitstellen kann wie der CDU-Ministerpräsident, der muss auch sagen, dass unsere Stadt systemrelevant für uns Bürgerinnen und Bürger ist.

Nur wenn die Struktur der Finanzierung öffentlicher Aufgaben geändert wird, wird auch Wuppertal eine Chance haben, sich von seinen Schulden zu befreien.

Zur Erinnerung: Die Schulden sind ganz überwiegend aus der Erledigung von Pflichtaufgaben entstanden, die unzureichend gegenfinanziert waren.

Entschuldung der Kommunen!

Die Haushaltskürzungen setzen die Zukunft

Wuppertals aufs Spiel.

Wuppertal muss lebenswert sein. Im Ganzen!

Basta!



Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Tel./Fax: 563 6677,
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de, www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de